BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Breslauer Str. 10 · 34471 Volkmarsen

An die Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Ute Moldenhauer
Steinweg 29
34471 Volkmarsen

Fraktion in der Stadtverordneten-versammlung Volkmarsen

Kathrin Henze
Fraktionsmitglied

gruene-volkmarsen@posteo.de

Volkmarsen, 22.10.2026

Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen betreffend zukünftige Unterbringung von Fundtieren und Auswirkung auf die kommunale Gestaltungsmacht

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

ich wende mich bezüglich der zukünftigen Unterbringung von Fundtieren an den Magistrat der Stadt Volkmarsen. Das Tierheim Korbach leistet hier seit Jahren die entsprechende Arbeit für die Stadt Volkmarsen.

Das Tierheim hat den bestehenden Pauschalvertrag zum Jahresende wegen massiver Kostensteigerungen gekündigt. Der Verwaltung liegt ein neues Angebot vor. Obwohl die reine Vertragssumme relativ niedrig ist und damit formal in die Zuständigkeit der laufenden Verwaltung fallen würde, weist dieser neue Vertrag eine entscheidende Besonderheit auf: Das Tierheim bietet ein zweistufiges Kostenmodell an. Bei Einführung einer kommunalen Katzenschutzverordnung zahlt die Stadt eine deutlich geringere Pauschale pro Einwohner, als wenn keine Verordnung beschlossen wird.

Da die Entscheidung über den Erlass einer solchen Verordnung jedoch in die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung fällt, ist dieser Vertrag eine Angelegenheit von grundlegender Bedeutung für die Stadt. Ein Beschluss im Magistrat würde der politischen Gestaltungsmacht der Stadtverordnetenversammlung vorgreifen.

Vor diesem Hintergrund stelle ich an den Magistrat folgende Fragen:

Zum aktuellen Sachstand: Wie ist der genaue Stand der Gespräche mit dem Tierschutzverein Korbach?

Zur Wirtschaftlichkeit: Hat die Verwaltung bereits geprüft oder berechnet, wie hoch die jährliche finanzielle Ersparnis für den städtischen Haushalt durch das günstigere Vertragsmodell bei gleichzeitiger Einführung einer Katzenschutzverordnung ist?

Zum Plan B: Welche organisatorischen und personellen Vorkehrungen müsste die Stadt treffen, um

ab dem 1. Januar des kommenden Jahres die Aufnahme und die 24-stündige Versorgung von Fundtieren eigenständig (z. B. über den Amtshof) zu gewährleisten, falls es bis zum Jahresende zu keiner vertraglichen Einigung kommt?

Ich bitte um die mündliche Beantwortung dieser wichtigen und zeitkritischen Fragen in der kommenden Stadtverordnetenversammlung, sowie eine zusätzliche schriftliche Ausfertigung der Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Kathrin Henze